

# Equal Pay Day - Gehaltsschere auch nach MINT-Studium

## Laut Analyse des Momentum-Instituts - SPÖ fordert vor Equal Pay Day am 14. Februar Lohntransparenz, FPÖ mehr Gehalt in Niedriglohnberufen

Utl.: Laut Analyse des Momentum-Instituts - SPÖ fordert vor Equal Pay Day am 14. Februar Lohntransparenz, FPÖ mehr Gehalt in Niedriglohnberufen =

~ ----- AKTUALISIERTE NEUFASSUNG ----- ~

Wien (APA) - Vom 1. Jänner bis zum Equal Pay Day am Mittwoch (14. Februar) müssen Frauen symbolisch gratis arbeiten, vergleicht man ihr Gehalt mit jenem der Männer. Als Mittel gegen geringen Lohn setzt die Politik oft darauf, Frauen zu einem MINT-Studium zu animieren. Die Einkommensschere existiert jedoch auch nach einem solchen Studienabschluss, rechnete das gewerkschaftsnahe Momentum-Institut vor, das wie die SPÖ auf Lohntransparenz pocht. Die FPÖ will mehr Gehalt in Niedriglohnberufen.

12,4 Prozent beträgt der Gender Pay Gap im Durchschnitt, im Vergleich zu 13 Prozent im Vorjahr. 45 Kalendertage müssen Frauen im Jahr symbolisch unbezahlt arbeiten, sie erhalten laut dem Frauennetzwerk "Business and Professional Women Austria" (BPW), das den Equal Pay Day für Österreich berechnet, rund 5.800 Euro im Jahr weniger. Die Daten für die Berechnung des Gender Pay Gaps stammen aus dem Einkommensbericht der Statistik Austria von 2022 und beziehen sich auf ganzjährig Vollzeitbeschäftigte.

Laut Momentum-Analyse entsteht bei Hochschulabsolventinnen und -Absolventen mit Master oder Diplom 18 Monate nach Bildungsabschluss eine Einkommenslücke von 13 Prozent. Auch ein MINT-Studium (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) schütze nicht vor dem Gender Pay Gap. Bei Naturwissenschaften, Mathematik und Statistik liegt dieser bei 8,6 Prozent, bei Informatik und Kommunikationstechnologie bei 7,7 Prozent. Bei Studienrichtungen, die unter das männlich dominierte "Ingenieurwesen, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe" fallen, liegt er sogar bei 17,5 Prozent, drei Jahre nach dem Masterabschluss immer noch bei 16 Prozent.

Teilweise würden Frauen auch mit höherem Bildungsabschluss weniger Gehalt bekommen als Männer. Im Ingenieurwesen bekomme eine Frau mit Master durchschnittlich 11 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen mit Bachelorabschluss. "Dass man die Augen besser offen hält bei der Berufswahl, um nicht dem Gender Pay Gap 'zum Opfer zu fallen', entpuppt sich somit nur als Märchen", meinte Momentum-Chefökonomin Katharina Mader in einer Pressemitteilung.

Gleichzeitig würde der Lohn in einer Branche sinken, wenn mehr Frauen dorthin drängen. "Männerbranchen" würden demnach besser bezahlt werden als "Frauenbranchen". Von 36 gut bezahlten Branchen seien 29 männlich dominiert. "Es ist unausweichlich nun endlich anzuerkennen, dass der Gender Pay Gap zu einem großen Anteil aus der Diskriminierung von Frauen resultiert", so Mader.

"In den am schlechtesten bezahlten Branchen finden sich signifikant mehr Frauen, in den Führungsebenen finden wir zwei Frauen von zehn im Vorstand", betonte auch BPW-Austria-Präsidentin Rita Volgger. Das Netzwerk forderte u.a. Einkommenstransparenz und eine Aufwertung von Niedriglohnbranchen.

Das Momentum-Institut empfiehlt einen Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und Altenpflege, eine verpflichtende Väterkarenz, verpflichtende Lohntransparenz sowie Frauenquoten auf allen Ebenen und die Einführung eines kollektivvertraglichen

Mindestbruttolohns von 2.500 Euro. Die SPÖ will Halbe-Halbe bei der Karenz und einen Rechtsanspruch auf einen kostenlosen ganztägigen Kinderbildungsplatz ab dem ersten Lebensjahr.

Sozialdemokraten und Arbeiterkammer (AK) fordern außerdem, die 2023 beschlossene EU-Richtlinie für Lohntransparenz rasch umzusetzen. "Die Richtlinie verpflichtet EU-Unternehmen dazu, Informationen offenzulegen, mit denen Arbeitnehmer\*innen ihre Gehälter vergleichen und Unterschiede aufdecken können. Ich frage mich, worauf die Bundesregierung wartet", so die sozialdemokratische Frauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner. Die AK will für die Umsetzung eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Sozialpartner, außerdem sollen alle Unternehmen ab 25 Beschäftigten Einkommensberichte erstellen.

Dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten, würde den Gehaltsunterschied noch verschärfen, so die freiheitliche Frauensprecherin Rosa Ecker. "Berücksichtigt man die Teilzeitjobs, so ist der statistische Einkommensunterschied mit 35 Prozent mehr als eklatant." Sie forderte, Löhne und Gehälter in Niedriglohnberufen sowie Lehrlingsentschädigungen anzuheben. Wer Betreuungs- und Pflegearbeit leiste - das sind meistens Frauen - solle daraus außerdem einen Pensionsanspruch erhalten. "Mutter-Sein darf auch nicht länger zu einer finanziellen Bestrafung durch die Hintertür führen."

Die NEOS fordern Bund und Länder auf, eine Entlastungsoffensive zu starten, Vollzeitarbeit steuerlich zu attraktivieren und gleichzeitig Teilzeitanreize aus der Welt zu schaffen. Dafür brauche es ein modernes, individuelles Karenzmodell, das beiden Elternteilen ermöglicht, gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilzunehmen, so Frauensprecherin Henrike Brandstötter. Sie forderte außerdem eine flächendeckende Kinderbetreuung mit einem Rechtsanspruch ab dem ersten Geburtstag. Die von der ÖVP angedachte "Großelternkarenz" lehnt sie ab.

iga/jeg/wim

APA0306 2024-02-12/16:51

121651 Feb 24